Bericht von der Ratssitzung am 8. November 2013

Viererbündnis in Auflösung, Kämmerer ohne Mehrheit

Messe: Neubau-Befürworter peinlich kleinlich; neue Maßeinheit: ein halbes nichts gleich ein EBBayer

Eigentlich, ja eigentlich sollte der Rat nur zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um über die Zulässigkeit und einen eventuellen Beitritt des Rats zum Bürgerbegehren „Messe-Umbau nicht um jeden Preis“ zu entscheiden. So hatte es zumindest der Oberbürgermeister noch im Sommer angekündigt. Doch wie so oft: Steht erst einmal ein Sitzungstermin fest, finden sich schon genügend Punkte, die doch nochmal geschoben werden müssen, wo sich doch noch mal Beratungsbedarf auftut. Letztlich war die Tagesordnung proppenvoll, zudem mit einer beachtlichen Zahl hoch-strittiger Punkte.

Hinzu kam die am 1. Oktober durch den Kämmerer verhängte Haushaltssperre. Der Rat hatte erstmals Gelegenheit, hierüber zu diskutieren – und zu entscheiden. Für einige ein willkommener Anlass, vorgezogene Haushaltsreden zu halten. Wegen ebendieser Haushaltssperre musste dies auch noch auf nüchternen Magen ertragen werden. Ab einem gewissen Zeitpunkt bauten manche RednerInnen deutlich ab, Debattenbeiträge wurden zunehmend fahrig – Unterzuckerung? Eine über sechs-stündige Sitzung ohne Pause und ohne Häppchen sollte nicht Schule machen.

Kämmerer Klieve erlebte – ebenso wie Udo Bayer vom Essener Bürgerbündnis (EBB) – einen rabenschwarzen Tag. Gleich in zwei wichtigen Fragen zum städtischen Haushalt verweigerte eine Mehrheit des Rates dem Kämmerer die Gefolgschaft. Beistand durch den OB gab es diesmal nicht, dieser wurde fahnenflüchtig und verließ um 17.55 Uhr die Sitzung. Nach der zweiten Entscheidung zu seinen Ungunsten verließ auch Kämmerer Klieve – wutschnaubend – die Sitzung.

Faktisch beendet ist das so genannte Viererbündnis aus CDU/Grünen/FDP/EBB. Grüne scherten gleich an mehreren Stellen aus – man ist anscheinend bestrebt, rechtzeitig vor der Kommunalwahl eine eigenständige Politik zu suggerieren. Ohne eine deutliche Absetzbewegung sehen zumindest die Grünen offenbar keine Chance, nach der Kommunalwahl mehrheitsbildend zu sein – weiterhin mit der CDU? Unmittelbar vor und zum Teil noch während der laufenden Sitzung wurden insgesamt vier Grüne-Anträge als Tischvorlage eingereicht.

Udo Bayer vom Essener Bürgerbündnis fiel zum wiederholten Male durch rüpelhafte Debattenbeiträge auf. Nachdem er erst jüngst den Vertreter von Essen steht AUF, Billy Keil, aufs übelste beschimpft hatte, drosch er dieses Mal gleich auf die Bürger ein – zumindest diejenigen, die das Messe-Bürgerbegehren unterschrieben hatten. 16.067 Unterschriften seien „nichts“, „gar nichts“. Sowohl NRZ wie auch WAZ goutierten diesen verbalen Fehlgriff umgehend (NRZ, 09.11.2013 <http://www.derwesten.de/staedte/essen/messe-entscheid-16-067-unterstuetzer-sind-nicht-nichts-id8649028.html> WAZ, 09.11.2013 <http://www.derwesten.de/staedte/essen/buergerentscheid-es-gab-keinen-anderen-weg-mehr-id8649120.html>).

Inhaltlich konnten sich LINKE und SPD in wichtigen Fragen durchsetzen – eben wegen des Bestrebens der Grünen, ein eigenständiges Profil zu suggerieren. So wurde die Haushaltssperre für die Bezirksvertretungen entschärft, der Tarifvertrag bei der städtischen Beschäftigungsgesellschaft EABG tritt zum 1.1.2014 in Kraft. Auch das mittlerweile zwei Jahre alte Ansinnen der LINKEN, eine Fahrbereitschaft anstelle jeweils eigener Dienstwagen für Dezernenten, OB und Gesellschaftsvorstände zu prüfen, fand doch noch eine Mehrheit. Andere, lange Zeit strittige Fragen wie die künftige Steuerung der städtischen Holding EVV und der weitere Umgang mit dem DEKRA-Gutachten konnten weitgehend im Konsens aller Fraktionen gelöst werden.

Beim Punkt Messe-Bürgerbegehren vergaben insbesondere der Oberbürgermeister aber auch die beiden großen Fraktionen die Gelegenheit, den Unterstützern des Bürgerbegehrens zumindest atmosphärisch entgegen zu kommen: Aufgrund fehlender Informationen (beispielsweise eine schriftliche Einladung durch die Verwaltung) erschien Prof. Dr. Breyvogel, der für die drei Vertretungsberechtigten zur Begründung des Bürgerbegehrens im Rat reden sollte, zu spät. Für ihn musste – hemdsärmelig und aus dem Stand– Herbert Bußfeld, der als Einziger der drei Vertretungsberechtigten anwesend war, einspringen. Einem Antrag, Prof. Dr. Breyvogel (als dieser da war) doch noch (zusätzlich) reden zu lassen, verweigerte die Mehrheit der Befürworter eines Messe-Umbaus um fast jeden Preis die Zustimmung. Hier wäre es auch für den OB ein leichtes gewesen, nicht über „kann“- und „soll“-Formulierungen in der Gemeindeordnung zu referieren, sondern schlicht klarzustellen, dass eine vorherige schriftliche Einladung der Vertretungsberechtigten durch die Verwaltung nicht nur „möglich“, sondern bürgerorientiert gewesen wäre. Dieses kleinliche Verhalten von Ratsmehrheit und OB empfanden zu Recht viele Betrachter – unabhängig, wie sie zu der Sache Messe-Bürgerbegehren stehen – als peinlich.

15.07 Uhr, OB Paß (SPD) läutet die Sitzung ein. Das Stadion ist nahezu ausverkauft (sprich: Zuschauertribüne rappelvoll), die Ansagen des Stadionsprechers kaum zu verstehen. Einige organisatorische Durchsagen zu Beginn:

Ratsherr Weiß ist nicht mehr Mitglied der Republikaner.

Nach dem Ausscheiden von Ratsherrn Hoppensack übernimmt Ingo Vogel künftig für die SPD den Vorsitz des Ausschusses für Organisation, Personal und öffentliche Ordnung (OPO).

Schon kann in die Debatte zur Tagesordnung eingestiegen werden: Rainer Marschan (SPD-Fraktionsvorsitzender) beantragt, TOP 14, Unterbringung von Asylbewerbern, zu schieben (zunächst ASAG, dann Ende November erneut in den Rat). Die Verwaltung plant, mehrere Schulen als so genannte „Behelfsunterkünfte“ herzurichten. Dort sollen die Flüchtlinge – entsprechend des gescheiterten Renzel-Konzeptes – mit Sachleistungen versorgt werden. Thomas Kufen (CDU-Fraktionsvorsitzender) spricht nicht direkt dagegen, bittet aber darum, dem zuständigen Dezernenten Renzel die Möglichkeit zu geben, die Auswirkungen einer Verschiebung darzustellen. Dezernent Renzel (CDU) nutzt diese Gelegenheit und schildert, wie dramatisch die Lage ist: Insgesamt stehen nur noch 70 freie Plätze zur Verfügung, erforderlich seien absehbar 150 Plätze. Falls der Rat die Entscheidung (die de facto eine Einführung des Renzel-Konzeptes durch die Hintertür bedeutet) erneut schiebe, könne er eine Unterbringung in Turnhallen ab Januar nicht ausschließen. Ebenso verweist Baudezernentin Raskob – ohne direkt angesprochen worden zu sein –auf die Dringlichkeit, es müssten Aufträge erteilt werden. Thomas Kufen hofft, dass Ende November ein Konsens aller Demokraten gefunden werden kann. Hans Peter Leymann-Kurtz (Fraktionsvorsitzender LINKE) erinnert an den vorliegenden Fragenkatalog (dieser wird unabhängig von der Verschiebung des TOP abgearbeitet). OB Paß schlägt vor, dass der ASAG, der sich als nächster mit dem Thema befasst, eine Dringlichkeitsentscheidung trifft.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht. TOP 14 abgesetzt, weitere Behandlung am 19.11. im ASAG (mit der Möglichkeit einer Dringlichkeitsentscheidung), 27.11. Rat.

TOP 1 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Dirk Heidenblut, als Direktkandidat im Essener Norden in den Bundestag gewählt, legt sein Ratsmandat nieder, für ihn rückt Hans Ulrich Krause nach.

TOP 2 Bestellung einer Schriftführerin

Frau Karin Krusel übernimmt das Amt der Schriftführerin für Glenn Bordihn.

TOP 3 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Anmeldungen vor

TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung

Der Oberbürgermeister berichtet von seiner Reise mit einer Wirtschaftsdelegation nach China. Wesentliche Fragen blieben indes unbeantwortet: Gab es „Nudeln odel Leis“ (unvermeidliche Frage im „City-Restaurant“ Thai Curry Delhi)? Warum wurde die einzige Fraktion, die eine chinesische Schwesterpartei hat, nicht mitgenommen? Allein die CDU-Fraktion zeigte sich mit den weitschweifigen Erklärungsversuchen des Oberbürgermeisters zufrieden.

TOP 5 Wahlen / Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

Mehrere Ausschussumbesetzungen nahezu aller anderen Fraktionen

TOP 6 Wahlen / Ersatzwahlen zu Organen verschiedener wirtschaftlicher Unternehmen und anderer Institutionen

Nicht zuletzt wegen des Ausscheidens von SPD-Ratsherrn Hoppensack waren einige Umbesetzungen erforderlich.

TOP 7 Bürgerbegehren „Messe-Umbau nicht um jeden Preis“

16.067 gültige Unterschriften hatten die Initiatoren gesammelt – auch dank tatkräftiger Mithilfe durch Grüne, LINKE und Piraten. Entsprechend empfahl die Verwaltung, das Bürgerbegehren für zulässig zu erklären. Dem folgte der Rat einstimmig.

Im weiteren Verlauf ging es um die Frage, ob der Rat dem Bürgerbegehren beitritt. Da sowohl SPD wie auch CDU ihre Ablehnung bereits im Vorfeld deutlich gemacht hatten, war klar, dass sich hierfür keine Mehrheit findet. Das hat einen Bürgerentscheid zur Folge, der am 19. Januar 2014 stattfinden wird.

Da Prof. Dr. Breyvogel, der als Redner seitens der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens vorgesehen war, nicht pünktlich da war (er hatte keine Einladung bekommen), musste kurzfristig Herbert Bußfeld einspringen. In seinem recht kurzen Beitrag stellte er den Neubau-Befürwortern die Frage, wie viel Geld sie denn nach der Finanzierung des Messe-Neubaus noch für die Bürger übrig hätten.

Hans Peter Leymann-Kurtz (LINKE) machte in der folgenden Debatte den Aufschlag. Er begrüßte es, dass in dem kommenden Entscheid der Bürger das Wort habe. Hierdurch würden – unabhängig vom Ausgang des Entscheides – Elemente plebiszitärer Demokratie gestärkt. Er wiederholte die Kritik, dass Alternativen bezüglich der strategischen Ausrichtung und damit verbunden auch der Wirtschaftlichkeit der Messe Essen nicht geprüft bzw. totgeprüft worden sind. Bis vor wenigen Monaten war die LINKE die einzige Fraktion, die dem vom Rat beschlossenen Messe-Neubau für mindestens 123 Millionen Euro kritisch gegenüber stand. Vor einigen Monaten haben dann auch die Grünen die Reißleine gezogen.

Bereits im Juni 2011 hat DIE LINKE beantragt, Mut zu haben und vor allen weiteren Aus- und Neubauplänen, die Bürger entscheiden zu lassen. Dem war der Rat bekanntlich nicht gefolgt. Seine Prophezeiung, dass sich dann die Bürger selber dieses Recht nehmen werden, hat sich nun erfüllt. Darüber ist er froh und er plädiert dafür, dass eine Großstadt wie Essen im Grunde vor jeder Großinvestition zunächst die Bürger entscheiden lassen soll. Oder wolle man – wie im Rahmen der bürgerbeteiligten Haushaltskonsolidierung – sich darauf beschränken, die Bürger zu fragen, ob die Schulmilch nach Erdbeere oder Vanille schmecken soll?

Ein Argument, was von den Neubau-Befürwortern immer angeführt werde, seien die Arbeitsplätze, die an der Messe dranhingen. Er frage sich, welche? Sämtliche Angaben basieren auf einem dürren, 8-seitigen Gutachten aus dem Jahre 2008. Das dürfte nicht nur LINKEN und Grünen zu wenig sein. Noch ein Märchen sei, dass wer sich am 19. Januar für das Bürgerbegehren stimmt, gegen die Messe sei. Das Gegenteil sei der Fall: Wer gegen diese Großkotzvariante stimmt, öffnet Wege für vernünftige Entwicklungen und Perspektiven der Messe Essen.

Es folgt Hiltrud Schmutzler-Jäger (Grüne Fraktionsvorsitzende). Sie heißt die vielen Gäste auf der Tribüne Willkommen und spricht im Folgenden von „unserem Begehren“. Das Sammeln war nicht so leicht, das Thema war deutlich komplexer als ursprünglich angenommen. Grüne hätten die Ausbaupläne der Messe immer auch konstruktiv begleitet und sie bedauert, dass der Versuch einer Vermittlung zwischen den Initiatoren und den Neubau-Befürwortern gescheitert ist.

Billy Keil von Essen steht AUF wirft die Frage auf, was die Stadt Essen bereit ist, sich leisten zu können.

Udo Bayer (Fraktionsvorsitzender EBBayer) redet den Erfolg des Bürgerbegehrens klein: 16.000 Unterschriften seien „nichts“, „gar nichts“. Bekanntlich hat seine Truppe zur letzten Kommunalwahl gerade einmal halb so viele Stimmen bekommen, womit er eine neue Maßeinheit geschaffen hat: EBBayer gleich ein halbes Nichts.

Im Weiteren versucht er die Argumente der Initiatoren zu widerlegen und schießt in seinen persönlich beleidigenden Angriffen gegen den Vertretungsberechtigten Prof. Dr. Breyvogel – der inzwischen eingetroffen war und dem ganzen Spektakel untätig zuhören musste – übers Ziel hinaus. Investitionen gegeneinander auszuspielen sei „grundfalsch“, die Investition in die Messe ginge nicht zu Lasten anderer Investitionen. Wir bräuchten die Messe. Elke Esser (ehemalige SPD-Parteivorsitzende), die sich in einem Kommentar den Messe-Kritikern angeschlossen hatte, bezeichnet er als „politische Mumie“, er verweist ferner auf den Beschluss des DGB-Kreistages, der sich mit großer Mehrheit für den Messe-Neubau ausgesprochen habe. Wer gegen diese Pläne sei, gefährde Arbeitsplätze. An die SPD gewendet hofft er, dass auch Ratsherr Stelzer der Wiedereinzug in den Rat gelinge, Rudi Jelinek habe ja auch 1:0 (gemeint ist mit einer Stimme Mehrheit in einer Kampfkandidatur) gewonnen. Sowohl Hans Peter Leymann-Kurtz („Blödsinn“) wie auch Walter Wandtke von den Grünen („Was ist mit den Schulen“) platzt allmählich der Kragen, was Udo Bayer zu noch größerer Form auflaufen lässt: Der Rathausneubau 1979 sei ein wichtiger Schritt gewesen ebenso wie jetzt das Stadion. Ergo: Udo Bayer war an allen großen Fehlentscheidungen in dieser Stadt beteiligt, auf eine mehr oder weniger kommt da es da wirklich nicht mehr an.

Nach diesem rhetorischen China-Böller folgt Hans-Peter Schöneweiß (FDP-Fraktionsvorsitzender): Grüne und LINKE hätten durch das Bürgerbegehren der Messe bereits geschadet. Ein Ratsbeschluss mit über 80%-iger Mehrheit sei demokratisch. Auch er verkneift es sich nicht, die Unterzeichner des Begehrens zu beleidigen: Nun ließen sich die Bürger von den Parteien (gemeint sind LINKE und Grüne) vor den Karren spannen.

Hiltrud Schmutzler-Jäger unternimmt den Versuch, Prof. Dr. Breyvogel Rederecht einzuräumen – zumal dieser mehrfach angegangen worden ist. Sie verweist auf die Kürzungen, „alle haben an die Klieve-Kurve geglaubt“ – Zwischenruf Hans Peter Leymann-Kurtz: „Wir nicht!“. Die anstehende Wertberichtigung der RWE-Aktien wird uns den Boden wegziehen. Sie gibt Hans Peter Leymann-Kurtz von den LINKEN da Recht, dass über den Messe-Neubau nun die Bürger entscheiden sollen – worüber denn sonst?

OB Paß zitiert die Gemeindeordnung NRW, danach könne die Verwaltung die Vertretungsberechtigten eigens einladen, sie sei dazu aber nicht verpflichtet – von daher habe die Verwaltung nichts versäumt. Er lässt über den Antrag, Prof. Dr. Breyvogel reden zu lassen, abstimmen:

Zustimmung von Grünen, LINKEN und Essen steht AUF; Ablehnung aller anderer Fraktionen, damit mehrheitlich abgelehnt. Und weiter geht es mit

SPD-Fraktionsvorsitzendem Rainer Marschan, der bemängelt, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens zu keinem Zeitpunkt den Versuch gemacht haben, mit der SPD-Fraktion zu reden. Auch er ist für den Messe-Neubau wie vom Rat beschlossen.

Deutlich moderatere Töne schlägt CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kufen an. Ihn bedrücke, dass jede Seite den Anschein erweckt, die letztendliche Wahrheit zu haben. Dabei haben viele Bürger keine Unterschrift gegeben, da ihnen das Thema zu komplex ist. Dies zeige, wie schwierig Kommunalpolitik sein kann. Er warnt davor, dass die Messe zum Zankapfel wird, denn unabhängig davon, wie der Bürgerentscheid ausgeht, werde es weiter eine Messe Essen geben.

Das „Messe JA, aber nicht so“ der Neubau-Kritiker habe ihn nicht überzeugt, er habe zu wenig über das andere „so“ gehört. Dies wurde auch im Gespräch mit dem Vertretungsberechtigten Prof. Dr. Breyvogel nicht deutlich. Das Soziale in den Vordergrund zu stellen, wie dies Herbert Bußfeld gemacht habe, könne man so machen. Es sei richtig, LINKE wollten von Beginn an, dass der Bürger entscheidet, aber Grünen wollten beim Messe-Neubau mitmachen, wenn modular gebaut würde und der (finanzielle) Puffer größer wäre. Und leider sei der Oberbürgermeister auch nicht der charismatische Kommunikator, wobei es aber auch nicht seine Aufgabe gewesen sei, einen Kompromiss zu finden. Von den Forderungen der Kritiker könne er viele Dinge unterschreiben, aber es müsse auch in Steine investiert werden. Die angespannte Haushaltssituation ist nicht neu, sie als CDU „glauben an die Messe“. 1,4 Millionen Besucher, 14.000 Aussteller, das Engagement der Mitarbeiter müssen jetzt mit Investitionen belohnt werden. Die Messe Essen gehört zu den Top Ten-Standorten, wir können ihn nicht selber schlecht reden. Und eine Ertüchtigung gehe dann auch nicht für drei fuffzig.

Das gemeinsame aller Fraktionen, nämlich dass im Grundsatz alle diese Messe wollen, komme ihm in der Debatte deshalb zu kurz. Egal wie der Entscheid am 19. Januar 2013 ausgeht, es muss unsere Messe bleiben.

LINKEN-Ratsfrau Claudia Jetter kritisiert die Äußerungen von EBBayer: 16.000 Unterschriften seien weit mehr, als er bei der letzten Kommunalwahl erzielt habe. Alternativen zu den vorliegenden Neubau-Planungen können sinnvollerweise erst nach dem Bürgerentscheid entwickelt werden. Alleine schon das bis 2032 auf der Messe liegende Cross-Border-Leasing verhindere ein Aus der Messe.

Hiltrud Schmutzler-Jäger (Grüne) erinnert daran, dass wir eine Reihe von Bauten in dieser Stadt haben, die sich international sehen lassen können. Allerdings müssen diese auch bespielt werden.

Den Abschluss machte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Hans Peter Leymann-Kurtz: Er persönlich war noch nie trauriger als in dem Punkt Messe, dass der Kämmerer (der ein Kritiker des Messe-Neubaus ist) sich nicht durchsetzen konnte. Über 80 Prozent Neubau-Befürworter waren nicht so souverän, Prof. Dr. Breyvogel reden zu lassen. Kollege Kufen „glaubt“ (an die Messe), er als Sozialist ist Realist. Wenn Kollege Kufen sage, „es muss unsere Messe bleiben“, könne er ihn beruhigen: Die „Gefahr“, dass sich das ändert, besteht nicht. Kein Privater würde 5, 10 oder 20 Millionen in die Messe stecken. Man hat in den vergangenen Jahrzehnten doch fast alles privatisiert, warum dann nicht die Messe mit? Er sei dankbar dafür, wie nüchtern Kollege Kufen sagt, dass am 19. Januar der Bürger entscheiden wird. Er wünsche den Neubau-Befürwortern, dass sie den Entscheid verlieren. Denn sonst werden sie, die Neubau-Befürworter, die Verantwortung für die größte Investitionsruine in dieser Stadt tragen.

Das letzte Wort möchte dann doch der Oberbürgermeister haben. Er warnt davor, den Begriff des Bürgers zu missbrauchen. Die Existenz des Pro-Messe-Bündnisses freut ihn sehr, dort seien auch nicht nur so genannte Messe-Lobbyisten vertreten.

Wie von den Grünen eingangs des Tagesordnungspunktes beantragt wird nun namentlich über den Beitritt zum Bürgerbegehren abgestimmt. Überraschungen gibt es nicht. Eine Mehrheit von SPD, CDU, FDP und EBB lehnt den Beitritt zum Bürgerbegehren ab. Nur Grüne, LINKE und Essen steht AUF stimmen dafür. Damit ist der Beitritt zum Bürgerbegehren mehrheitlich abgelehnt.

17.55 Uhr: Unmittelbar nach Beendigung des Tagesordnungspunktes kommt es zu einer „Arbeitsverweigerung“ durch den Oberbürgermeister: Während die einfachen Ratsmitglieder und die zahlreichen ZuschauerInnen auf der Tribüne weiter darben, verlässt OB Paß die Sitzung. Er habe noch einen wichtigen Termin „zum Wohle der Stadt“ – wie man hört mit netter Musik und leckeren Häppchen. Die Sitzungsleitung übernimmt Bürgermeister Rudi Jelinek. Weiter geht es mit knurrenden Mägen und

TOP 8 Haushaltswirtschaft 2013, hier Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre

Kämmerer Klieve referiert, dass die Stadt Essen sich in der kritischsten Lage seit August 2010 befinde. Dennoch haben wir, „insbesondere Sie“ (die Ratsmitglieder) „viel erreicht“. Die ursprüngliche Kurve wurde weit übertroffen. Insofern war nicht alles vergebens. Nun zwinge die Teilnahme am Stärkungspakt II zur Einhaltung des Haushaltssanierungsplanes (aus diesem Grunde stimmte seinerzeit DIE LINKE – leider als einzige Fraktion – gegen die Teilnahme am Stärkungspakt II). Würde dieser nicht eingehalten, werde das rechtlich sanktioniert und das Land würde einen Beauftragten (ähnlich wie in Nideggen) als Sparkommissar entsenden. Als Hauptnutznießer der Gelder des Stärkungspaktes II müssten wir uns dieser Hilfe würdig erweisen. In der Tat sei die Haushaltssperre das letzte Mittel, aber auch das einzig wirksame Mittel. Die Haushaltssperre hätte bewusst auch die Bezirksvertretungen nicht ausgenommen, stattdessen aber die Museen. Auch beim Personal würde man trotz Haushaltssperre mit Augenmaß handeln: es würde weiter ausgebildet, es gebe Übernahmen und Beförderungen. Von einem Kahlschlag könne deshalb auch keine Rede sein.

Ziel sei es, den Haushalt zu sichern, selbstverständlich habe der Rat das Recht, diese Sperre aufzuheben. In den ersten 22 Arbeitstagen seien rund 14 Millionen Euro weniger als geplant ausgegeben worden. „Das Schicksal der Sperre, das Schicksal des Haushalts liegt in Ihren Händen.“

Rainer Marschan (SPD) griff in seiner Haushaltsrede den Kämmerer ungewohnt scharf an: Der Kämmerer hätte deutlich früher die Ratsfraktionen über die Verhängung der Haushaltssperre informieren müssen, die Kommunikation sei mangelhaft gewesen. Inhaltlich stelle die SPD-Fraktion die Haushaltssperre zwar nicht in Frage, aber im kleinen Rahmen sollen Ausnahmen gemacht werden. So bei den Bezirksvertretungen – die SPD hatte hierzu ebenso wie DIE LINKE einen Antrag eingebracht.

Inzwischen machte sich bei den ersten RednerInnen eine leichte Unterzuckerung bemerkbar. Janina Herff (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN) warf die Frage in den Raum, was denn wohl ein Sparkommissar als erstes machen würde – der Messe den Geldhahn zuzudrehen. Sie erinnerte daran, dass DIE LINKE bereits vor Jahren eine Anpassung der Gewerbesteuer gefordert hatte, dem ist das Viererbündnis jedoch nicht gefolgt. Hier wurde – aus rein ideologischen Motiven – auf Einnahmen verzichtet.

Thomas Kufen (CDU) meinte, eigentlich müsse DIE LINKE doch eine komplette Aufhebung der Haushaltssperre beantragen – Zwischenruf Hans Peter Leymann-Kurtz: Kommt noch! – und es sei ja schon ein Ding, dass sich DIE LINKE für die Martinsumzüge stark mache. Der SPD ginge es ja nur um einen populären Beschluss, während man dem Ansinnen der Grünen, die Auswirkungen der Sperre zu prüfen, Sympathien entgegenbringen würde. Eine Aufhebung der Haushaltssperre für die Bezirke lehne die CDU jedenfalls ab.

Hiltrud Schmutzler-Jäger (Grüne) begründete ihren Antrag, die bereits beschlossenen Ausgaben der Bezirksvertretungen von der Haushaltssperre auszunehmen. Ein Antrag, der wie Weitere als Tischvorlage gereicht wurde [Anmerkung des Autors: Bei anderen Fraktionen hat es sich bewährt, die Geschäftsführer in der Ferienzeit in den Urlaub zu schicken].

Hans Peter Leymann-Kurtz drückte seine Verwunderung über die Haushaltsrede des Kollegen Marschan (SPD) aus. Vorgreifend auf den TOP EABG findet er mit Stellungnahme der Verwaltung, dass die Einführung von Tarifverträgen tatsächlich Geld kostet, eine völlig neue Erkenntnis.

Er kritisiert die völlig falschen Annahmen des Kämmerers aus der Vergangenheit, denen falsche Beschlüsse gefolgt sind. Die Haushaltssperre bezeichnete er als doppelte Bankrotterklärung des Kämmerers: erstens sei die Stadt tatsächlich bankrott; zweitens bleibt dem Kämmerer nach seinen falschen Annahmen in der Vergangenheit jetzt nichts anderes mehr übrig. DIE LINKE mache es nicht mit, den Bürgern weiter zu suggerieren, ihre Opfer würden den Haushalt sanieren – dem ist mitnichten so.

Hans-Peter Schöneweiß warnt in seinem Beitrag eindringlich vor einem Sparkommissar – Zwischenruf Hans Peter Leymann-Kurtz: „Der sitzt doch da!“, gemeint ist der Kämmerer.

Udo Bayer (EBBayer) wehrt sich entschieden dagegen, als Opfer der falschen Annahmen des Kämmerers dargestellt zu werden. Der Kämmerer habe alles exakt dargelegt. Natürlich müsse die Haushaltssperre ohne Ausnahmen aufrecht erhalten bleiben.

Rainer Marschan (SPD) legt in seinen Angriffen gegen den Kämmerer nach. Offenbar betrachte der Kämmerer die Ratsmitglieder nur als notwendiges Übel.

Kämmerer Klieve entschuldigt sich, dass er Anlass gegeben habe, diesen Eindruck zu vermitteln.

Thomas Kufen (CDU) erklärt, sich den Punkten 2 und 3, nicht jedoch Punkt 1, der Aufhebung der Haushaltssperre für die Bezirke, anschließen zu können.

Es kommt zum Showdown:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen

Für Punkt 1 des SPD-Antrags (Aufhebung der Haushaltssperre für die Bezirke) – inhaltlich gleich mit dem Antrag der LINKEN stimmen SPD und LINKE; Ablehnung durch das Viererbündnis, damit mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 2 und 3 des SPD-Antrags werden einstimmig beschlossen.

Dem Antrag der Grünen (Keine Überprüfung bereits beschlossener Ausgaben der Bezirke) wird mit den Stimmen von SPD, LINKEN und Grünen mehrheitlich angenommen. Das Rest-Viererbündnis (CDU, FDP, EBBayer) stimmt dagegen. Der Kämmerer schäumt.

19.10 Uhr, eine Hungerrevolte bleibt weiterhin aus.

TOP 9 Zukünftige Abfallentsorgung der Stadt Essen

Die Verwaltung schlägt vor, auszuschreiben. Die Grünen beantragen, ein Teillos des Essener Mülls in Herten, der Anlage des AGR (einer 100-prozentigen Tochter des RVR) zu veraschen und nur den großen Rest auszuschreiben.

Ratsherr Kerscht (Grüne) begründet lang und breit den Grünen-Antrag.

Es folgt Wolfgang Freye (LINKE) – Zwischenruf Thomas Kufen: „´Ne Überraschung wär´ ´ne kurze Rede!“ Die Überraschung blieb aus. Wolfgang Freye betont die Komplexität der Materie und weist auf das unterschiedliche Abstimmverhalten innerhalb der LINKEN-Fraktion hin. Den Antrag der Grünen unterstütze auch die LINKE-Fraktion.

Indes, die Mehrheiten stehen ohnehin, beide große Fraktionen hatten sich im Vorfeld für eine Ausschreibung ausgesprochen. Was soll man da noch diskutieren – Zwischenruf Ratsherr Stelzer (SPD): „Richtig!“

Einige Ratsmitglieder suchen das Weite und verlassen die Sitzung. Im Stadion an der Hafenstraße bleiben etliche Tribünenplätze für das Schlagerspiel von Rot-Weiss-Essen gegen den Tabellenführer aus Lotte leer. Die allgemeine Unruhe nimmt zu.

Bürgermeister Jelinek gibt den Zwischenstand bekannt: Rot-Weiss-Essen führt 1:0

Billy Keil (Essen steht AUF) hat einen eigenen Antrag formuliert, dass Umweltkritierien stärker berücksichtigt werden sollen. Auch er hat Sympathien für den Antrag der Grünen. Die Vorlage der Verwaltung verenge sich zu sehr auf die Vermeidung von Risiken und möglichst niedrige Veraschungskosten. Ökologische Kriterien kommen seiner Auffassung nach zu kurz. Müllverbrennung habe keine Zukunft, jedoch fehlen zurzeit noch die Alternativen. Zielsetzung müsse die Einführung einer Kreislaufwirtschaft sein.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) möchte angesichts der Zeit keine Grundsatzdebatte führen. Es gelingt ihr. Den Antrag der Grünen lehne ihre Fraktion ab. Bezugnehmend auf Billy Keil erklärt sie, dass auch sie die Ausschreibung gerne um einige Umweltaspekte ergänzen würde. Beispielsweise habe Mülheim in der Ausschreibung formuliert, dass gesetzliche Grenzwerte (bei der Verbrennung) um 50 Prozent unterschritten werden sollen. Billy Keil möge seinen Antrag doch bitte als Anfrage formulieren, das würde die SPD-Fraktion unterstützen.

Ratsherr Uhlenbruch (CDU) versucht ebenfalls sich kurz zu fassen, denn er wollte eigentlich schon längst im Stadion sitzen. Auch ihm gelingt das gut, die CDU-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Auch die FDP-Fraktion findet die Ausschreibung prima.

Ratsherr Stelzer bezeichnet per Zwischenruf den Antrag der Grünen als Lobbyismus für den AGR und bezeichnet die Grünen als pressure group.

Kämmerer Klieve beantwortet die Fragen von Ratsherrn Keil und weitere, im Verlauf der Debatte aufgeworfene Fragen. Verantwortlich für die Ausschreibung werden die Entsorgungsbetriebe Essen selber zeichnen.

Es kommt zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der Grünen:

Zustimmung durch Grüne, LINKE und Essen steht AUF, Ablehnung durch alle anderen Fraktionen, damit mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage, die eine Ausschreibung empfiehlt:

Zustimmung durch SPD, CDU, FDP, EBB und seitens der LINKEN durch die Ratsfrauen Herff und Jetter; Grüne, Essen steht AUF und die LINKEN-Ratsleute Freye und Giesecke enthalten sich. Damit mehrheitlich angenommen.

TOP 10 DEKRA-Gutachten zur Fuhrparkstruktur

Vorlage und die diversen Anträge wurden mehrfach geschoben. Seitens des Viererbündnisses liegt ein Antrag vor, die Empfehlungen des DEKRA-Gutachtens (u.a. Personalabbau bei den Werkstätten der Entsorgungsbetriebe Essen, EBE) schnellstmöglich umzusetzen. Die SPD beantragt das Angebot der EBE-Beschäftigten, an einer Optimierung der EBE-Werkstätten mitzuwirken, anzunehmen und mit der Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens so lange zu warten. LINKE beantragen gleichfalls die Umsetzung der DEKRA-Empfehlungen auszusetzen sowie in Punkt 2 ihres Antrages die zusätzliche Prüfung, ob nicht ein Fahrzeugpool für OB, Dezernenten und Geschäftsführer wirtschaftlicher ist, als jeweils eigene Dienstwagen.

Kämmerer Klieve verweist auf die Vorlage.

Rainer Marschan (SPD) begrüßt das Angebot der EBE-Beschäftigten sich zu beteiligen und möchte mit Entscheidungen zur Umsetzung einzelner DEKRA-Empfehlungen abwarten.

Thomas Kufen (CDU) signalisiert verhaltene Zustimmung. Man habe sich mit der Vorlage ohnehin länger beschäftigt, als dem Thema zuträglich war.

Claudia Jetter (LINKE) unterstützt den Vorschlag der SPD-Fraktion und betont, dass der ursprüngliche Anlass des ganzen Verfahrens, ein Antrag der LINKEN, einen Fahrzeugpool bzw. eine Fahrbereitschaft zu prüfen, sich in dem Gutachten der DEKRA nicht wiederfindet. Das müsse nachgearbeitet werden.

Christoph Kerscht (Grüne) signalisiert gleichfalls verhaltene Zustimmung zum SPD-Antrag, auch der Prüfung eines Fahrzeugpools bzw. einer Fahrbereitschaft würden die Grünen zustimmen.

Rainer Marschan schlägt vor, aus dem Viererantrag die kurzfristige Umsetzung der DEKRA-Empfehlungen durch „1. Quartal 2014“ zu ersetzen, dann könne auch die SPD dem so zustimmen. Gleichfalls würden sie Punkt 2 des LINKEN-Antrags zustimmen. Punkt 1 des LINKEN-Antrags – der sich ohnehin mit dem SPD-Antrag inhaltlich erledigt hat – würden sie nicht zustimmen.

Ratsherr Budde (FDP-Fraktion) freut sich über den gefundenen Kompromiss.

SPD- und Viererantrag werden mit den vorgeschlagenen Änderungen abgestimmt, jeweils einstimmig.

Es folgt die Abstimmung über Punkt 2 des LINKEN-Antrags: Zustimmung durch SPD, Grüne, LINKE, Essen steht AUF; Enthaltung EBB-Fraktion; Ablehnung CDU- und FDP-Fraktion – damit mehrheitlich angenommen.

TOP 11 Haustarifvertrag der EABG

Kämmerer Klieve verweist auf die Vorlage, worin festgestellt wird, dass Tarifverträge doch tatsächlich Geld kosten.

Seitens der Fraktionen liegen zwei Anträge vor: LINKE beantragen Umsetzung und In-Kraft-Treten des EABG-Tarifvertrags ab 1.1.2014; Grüne beantragen, dass die Umsetzung ggf. schrittweise erfolgen soll – hierüber sollen Geschäftsführung und Betriebsrat der EABG verhandeln.

Hans Aring (SPD) hat drei wirklich kurze Anmerkungen zur bisherigen Ratssitzung: 1. Es sei keine kurze Sitzung, diese könne nicht ohne Pause durchgeführt werden; 2. Punkte wie die Entscheidung jetzt, zu der zahlreiche Beschäftigte der EBE als Zuschauer auf der Tribüne sind, hätten vorgezogen werden sollen; 3. Dass eine ganze Reihe von Anträgen (gemeint sind die Grünen) in die Sitzung hinein eingebracht werden, solle bitte nicht einreißen.

Walter Wandtke (Grüne) schlägt vor, den Antrag der LINKEN dahingehend zu ändern, dass die Umsetzung im 1. Quartal erfolgen soll (nicht zwingend zum 1.1.2014), und dies als gemeinsamer Antrag gestellt werden soll.

Gabriele Giesecke (LINKE) begrüßt das.

Ratsherr Hellmann (FDP) verweist auf die Kosten des links-grünen Antrags: 700.000,- Euro jährlich. Er wirft die (durchaus berechtigte) Frage auf, mit welchem Recht die Mutter Stadt einen besseren Tarif habe als einzelne Gesellschaften. Ferner kritisiert er, dass im EABG-Tarifvertrag zwei Tage Sonderurlaub für Gewerkschaftsmitglieder festgeschrieben werden. Die FDP-Fraktion werde das ablehnen.

Ratsherr Kalweit (CDU) betont, dass auch seine Fraktion das Thema sehr beschäftigt. Die EABG stehe in einem Markt, insofern müsse auch die Tarifebene marktkonform sein. Wolle man das nicht, müsse man sich die Frage stellen, ob man die EABG noch weiterhin brauche. An den Kämmerer gewandt fragt er, ob der Rat überhaupt diese Mehrausgaben von 700.000,- Euro beschließen könne, ohne Deckungsvorschlag. Seine Fraktion werde dem links-grünen Antrag nicht zustimmen.

Angesichts des Lobes von Ratsherr Wandte an die Verwaltung komme er sich vor, wie ein abgelehnter Bewerber, der gelobt wird. Er verweist auf die Verwaltungsvorlage, die – mit zugegebenermaßen freundlichen Worten – ein Aussetzen der Umsetzung des Tarifvertrages vorschlägt. Auf die Frage, ob ein Ratsbeschluss zulässig sei, verweist er auf Seite 2 der Vorlage. Dort finden sich mahnende Worte zu den Erwartungen des Landes bezüglich Einhaltung des Konsolidierungskurses. Er findet es höchstverwunderlich, wenn nun die Vorlage der klugen Verwaltung „handstreichartig“ ins komplette Gegenteil verkehrt werde.

Es folgt das Abstimmungsprocedere:

Die Verwaltungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Dem links-grünen Antrag (In-Kraft-Treten des EABG-Tarifvertrags per 1.1.2014, Umsetzung im 1. Quartal 2014) stimmen SPD, Grüne, LINKE und Essen steht AUF zu; Ablehnung durch den verbliebenen Rest von CDU, FDP und EBB – damit mehrheitlich angenommen.

Der Kämmerer tobt und schnauft.

TOP 12 Weiterentwicklung der EVV-Steuerung

Nach den Rücktritten der Geschäftsführer Zierold (altersbedingt) und Kunze (nicht altersbedingt) bzw. dem Verzicht des bisherigen Chefs Dr. Görgens, drängte die Zeit: Bis Ende des Jahres galt es, Personen für die Geschäftsführung der städtischen Holding EVV zu benennen – sonst hätte das Gericht zwangsweise jemanden eingesetzt. Ohnehin hat der rund zwei-jährige Diskussionsprozess wenig neue Erkenntnisse gebracht, außer der, dass das bisherige kooperative Modell eigentlich doch gar nicht so schlecht ist. Eine Position, die LINKE von Beginn an konsequent vertreten haben.

Im Vorfeld der Ratssitzung hatten sich die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag verständigt. Demnach bleibt das kooperative Führungsmodell im Grunde erhalten, ergänzt um einen (ehrenamtlicher) Arbeitsdirektor und einen namentlich genannten Mann für das operative Geschäft als stellvertretendes Mitglied der Geschäftsführung. Das Modell soll drei Jahre gültig sein, nach zwei Jahren soll es überprüft werden (so bleibt auch genügend Zeit, um mögliche Änderungswünsche gründlichst auszudiskutieren). Allbau-Chef Miklikowski wird demnach Vorsitzender, 1. Stellvertreter der neue Stadtwerke-Chef Schäfer, 2. Stellvertreter der alt-gediente Chef der Reinigungsbetriebe, Wieschenkämper. Den Arbeitsdirektor benennen die Arbeitnehmer, Mann fürs operative Geschäft wird der EVV-Prokurist Jochen Sander.

Verworfen wurde das Ansinnen, den Kämmerer im Führungsgremium zu installieren.

Nach der langen „Vorbesprechung“ konnte die Debatte umso kürzer ausfallen: Bürgermeister Jelinek wird darauf aufmerksam gemacht, dass der gemeinsame Antrag aller Fraktionen (Inhalt siehe oben) die Verwaltungsvorlage ersetzt. Da niemand zwecks Antragsbegründung das Wort ergreifen möchte, kommt es unmittelbar zur Abstimmung: Einstimmig bei einer Enthaltung.

Auch kein Erfolg für den Kämmerer, der nun endgültig die Nase voll hat und geht.

TOP 13 Bebauungsplan Nr. 6/11 „Frillendorfer Straße / Burggrafenstr.“

war abgesetzt

TOP 14 Unterbringung von Asylbewerber

gleichfalls abgesetzt

TOP 15 Zusätzliche Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2013 in der Produktgruppe 1.05.02.02,
 hier: Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert

Nicht mehr der Kämmerer, sondern der Sozialdezernent verweist auf die Vorlage

Einstimmig

TOP 16 Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Rates der Stadt Essen vom 25.09.2013

Wird zur Kenntnis genommen

Rot-Weiss-Essen führt inzwischen 2:0

TOP 17 Anfragen von Ratsmitgliedern

Seitens der LINKEN fragt Ratsfrau Jetter nach Auswirkungen der Giftmüllverklappung in alten Bergwerksstollen auf das Essener Grund- und Trinkwasser. Ratsfrau Giesecke bringt einen umfangreichen Fragenkatalog zur Unterbringung von Asylbewerbern ein.

Es folgt der nicht-öffentliche Teil

TOP 18 Mitteilungen der Verwaltung

Gibt es nicht

TOP 19 Erwerb von Aktien der Allbau AG von der National-Bank AG, hier: aktueller Sachstand

Eine Kenntnisnahme

TOP 20 Unterrichtung der Öffentlichkeit über Beschlussfassungen im nicht-öffentlichen Teil

Nicht erforderlich

21.15 Uhr, die Sitzung ist am Ende und auch an der Hafenstraße ist das Spiel so gut wie vorbei. 2:1 gewinnt Rot-Weiss-Essen das Heimspiel gegen den Tabellenführer aus Lotte.

Nächster Spieltag für den Rat ist am 27. November.